

HORIZONTE

Fachleute im Entwicklungseinsatz



4 – 11 | DOSSIER

Was Bergbaukonzerne anrichten

10 | KOLUMBIEN
El Hatillo,
Schicksal eines Dorfes

12 | INITIATIVE
Das sagt Co-Präsident
Dick Marty zur KOVI

14 | ZURÜCKGEKEHRT
Was Nuria Frey
in Peru bewirkte



In der peruanischen Stadt Cerro de Pasco sind Luft und Wasser mit Schwermetallen vergiftet. Daran schuld: Die riesige Mine der Minengesellschaft Volcan, die von Glencore kontrolliert wird. Gerade für die Kinder haben die Bleivergiftungen dramatische Folgen: Blutarmut, Behinderungen, Lähmungen.

LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER

VON AUSBEUTUNG UND UMWELTZERSTÖRUNG IN PERU

Auch nach 40 Jahren intensiven Bergbaus in Espinar, einer Provinz im Süden Perus, ist die Armutsquote in der Region Cusco hoch, Mangelernährung und Blutarmut bei Kindern sind weit verbreitet. Rund 67 Prozent der Bevölkerung gelten als arm, 30 Prozent sind von extremer Armut betroffen. Bei der hohen Bergbauaktivität und den daraus resultierenden Riesengewinnen ist dies schwer zu glauben.

Glencore, einem Grosskonzern mit Hauptsitz in der Schweiz, wurde verschiedentlich vorgeworfen, mit lokalen Regierungen zu kooperieren und dabei Menschenrechte zu verletzen. So verlor die einheimische Bevölkerung vielerorts ihr Land und den Zugang zu sauberem Wasser, die Umwelt wurde verschmutzt, und Flüsse sind ausgetrocknet. Die Verunreinigungen zeigen sich auch im Blutbild der Menschen.

Diejenigen, die ihre Rechte verteidigen, laufen Gefahr, verfolgt und verurteilt zu werden oder gar im Gefängnis zu landen. Durch Übereinkünfte mit den Behörden werden soziale Proteste verhindert und Bergbauunternehmen unter Polizeischutz gestellt.

Die Fachleute von Comundo helfen, Menschenrechtsverletzungen vor Ort zu dokumentieren und unterstützen die lokale Bevölkerung darin, ihre Anliegen gegenüber den Regierungen zu vertreten. Auch sorgen sie dafür, dass die Schweizer Öffentlichkeit von den Vorfällen Kenntnis nimmt, sodass solche Ungerechtigkeiten – mit dem Appell an die weltweite Solidarität und internationalem Druck – beendet werden können. Zu diesem Zweck erstatten in dieser Ausgabe Mattes Tempelmann und Nicole Maron, zwei Fachleute aus Peru, sowie Julia Schmidt aus Kolumbien, Bericht.

Die Konzernverantwortungsinitiative (KOVI) kommt in der Schweiz am 29. November zur Abstimmung. Comundo ist eine von rund 100 Trägerorganisationen, welche sie lanciert hatte. Ihr Inhalt ist einfach: Wenn Grosskonzerne Flüsse verschmutzen, die lokale Bevölkerung ausbeuten oder ganze Landstriche zerstören, dann müssen sie dafür zur Verantwortung gezogen werden – wie, das erklärt der Co-Präsident des Initiativkomitees, Dick Marty, im Interview ab Seite 12.



José Ramiro Llatas Pérez, Co-Leiter Programm Peru bei Comundo und Rechtsanwalt mit Spezialisierung auf die Verteidigung der Menschenrechte, Cusco, im August 2020



Titelbild: In Peru versuchten am 3. April 2018 vierzig Polizisten und Glencore-Angestellte, indigene Bauern von ihrem angestammten Land zu vertreiben. Die gewalttätigen Übergriffe fanden in der Gemeinde Alto Huarca (Provinz Espinar) statt und hatten zum Ziel, die Glencore-Mine Antapaccay zu vergrössern.

Foto: Vidal Merma

Wie die Bergbaulobby vom Coronavirus profitiert

Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen in Minen bedrohen die Lebensräume der indigenen Völker in Peru. Und nun spielt ausgerechnet die Covid-19-Pandemie der Bergbaulobby in die Hände. Ein Augenschein mit Comundo-Fachperson Mattes Tempelmann.

Text: Mattes Tempelmann



Das Bergwerk Antapaccay, das der Schweizer Konzern Glencore Espinar (Cusco, Peru) betreibt, hat gravierende Auswirkungen auf die Umwelt und die Gesundheit der indigenen Bevölkerung der Umgebung, vor allem auf die Gemeinde Alto Huancané und den Fluss «Rio Salado»; Antapaccay ist ein Erweiterungsprojekt der 10 km entfernten Mine Tintaya.

Peru ist eines der am stärksten von der Covid-19-Pandemie betroffenen Länder weltweit. Mitte August zählte das Land bereits 516'000 bestätigte Infektionen und die Regierung erliess Ausgangssperren unter strenger militärischer Kontrolle. Besonders hart trafen diese Massnahmen die Menschen, die im informellen Sektor arbeiten – Verkäuferinnen, Schuhputzer, Taxifahrer, Hausangestellte; rund zwei Drittel der Bevölkerung gerieten in existenzielle Not.

Kein Lockdown im Bergbau

Ausgenommen vom Lockdown war: der Bergbau. Die peruanische Regierung hatte dem Druck der Bergbaulobby nachgegeben und liess die Minen ohne Einschränkung weiterarbeiten. Die Konsequenzen waren dramatisch: Bis zum 21. Mai waren bereits 753 Minenarbeitende mit dem Coronavirus infiziert. Überdies wurden die Bergbauaktivitäten ohne jegliche Umweltkontrollen durchgeführt, da Umweltkontroll- und Inspektionsbehörden während des Lockdowns nicht arbeiten durften. Auch die lokalen Umweltkontrollkomitees, die aus der organisierten Zivilgesellschaft hervorgingen, konnten ihre Kontrollen nicht ausführen. Die Comundo-Partnerorganisation Red Muqui, wo ich als Fachperson tätig bin, hat Kenntnis von vermehrten Unfällen, Austritten von giftigen Abwässern in Gewässer oder Leckagen, wohl als Folge der Kontrolllücken, die von Bergbauunternehmen skrupellos ausgenutzt wurden.

Wir beobachteten einen erneuten Impuls seitens der peruanischen Regierung, geplante Bergbauprojekte ausgerechnet während der Corona-Krise voranzutreiben.

Als Berater für Umweltschäden im Einsatz

Seit sechs Jahren arbeite ich im Entwicklungseinsatz mit Comundo für dieses Netzwerk, dem 29 peruanische Organisationen angehören, die sich für eine nachhaltige Entwicklung, Umweltschutz und die Rechte der vom Bergbau betroffenen Bevölkerung einsetzen. Als Geograf berate ich Arbeitsgruppen bei Fragen zu Wassermanagement, Raumplanung, partizipativem Umweltmonitoring sowie bei der Analyse sozio-ökologischer Konflikte. Unter anderem listen wir bei Red Muqui Umweltschäden auf, die uns Leute aus den betroffenen Gebieten melden. So wurde uns etwa berichtet, dass es in der Provinz Santiago de Chuco formelle und informelle



Bergbauunternehmen (sowohl nationale als auch internationale) gibt, die im Oberlauf eines Wassereinzugsgebiets tätig sind. Diese beeinträchtigen und verunreinigen die vorhandenen Wasserressourcen, welche die Bevölkerung für den Hausgebrauch, die Viehzucht und die Landwirtschaft benötigt. Und die zuständigen Behörden unternehmen nichts, um diese Aktivitäten zu kontrollieren.

Minenprojekte trotz Corona vorangetrieben

Im Gegenteil beobachteten wir einen erneuten Impuls seitens der peruanischen Regierung, geplante Bergbauprojekte ausgerechnet während der Corona-Krise voranzutreiben. Am auffälligsten waren die Erklärungen der Energie- und Bergbauministerin Susana Vilca bezüglich des Conga-Projekts in Cajamarca (des US-amerikanischen Unternehmens Newmont) und des Tía-María-Projekts in Arequipa (der mexikanischen Unternehmensgruppe Southern Copper Corporation): «Unter Berücksichtigung von Umwelt- und Sozialstandards ist alles möglich. Die Minen werden wir früher oder später ohnehin wieder öffnen. Der Bergbau ist eine Arbeit, die getan werden muss.» Beunruhigend ist, dass bei beiden Projekten zu diesem Zeitpunkt ernsthafte technische und ökologische Bedenken offenkundig wurden. Zudem haben die Unternehmen für diese Vorhaben keinerlei Rückhalt in der lokalen Bevölkerung – die Menschen wollen keine Bergbauaktivitäten in ihren Gebieten.

Dem Tía-María-Projekt gebührt besondere Aufmerksamkeit, zumal hier die ökologischen und sozialen Voraussetzungen für die Entwicklung des Bergbauprojekts



Steter Kampf gegen Umweltzerstörung durch Bergbau – bei Protesten gegen das Tía-María Bergwerk im Tambo-Tal, beim Nachweis von Wasserverschmutzung in Espinar, bei der Verortung von Aktivitäten der Umweltkomitees am Kartierungsworkshop von Mattes Tempelmann mit Mitgliedern des Red Muqui.

Red Muqui

fehlen. Stattdessen betreibt die lokale Bevölkerung im fruchtbaren Tambo-Tal eine erfolgreiche Landwirtschaft, die Tausenden von Menschen Arbeit bietet und die die Bevölkerung im ganzen Land mit Gemüse, Obst und Reis versorgt.

Landwirtschaft statt Bergbau fördern

Die Fall Tía María scheint die Synthese dessen zu sein, was der Kontrast zwischen Bergbau und Landwirtschaft in Peru bedeutet: Die Regierung will im Tambo-Tal ein Bergbauprojekt durchsetzen, das Wirtschafts- und Privatinteressen dient und die Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung missachtet. Hier vertritt das Muqui-Netzwerk die Meinung, dass für eine wirtschaftliche Reaktivierung der Region alternative territoriale und lokale Aktivitäten gefördert werden sollten, zum Beispiel eine Landwirtschaft, die die Ernährung der Peruaner und Peruanerinnen auch in Krisenzeiten gewährleistet.

Bäuerliche Organisationen und ländliche Bürgerwehre, Rondas Campesinas, fordern eine stärkere Unterstützung der Landwirtschaft. Selbst während der Ausgangssperre versammelten sie sich Anfang Mai, so etwa in Santiago de Chuco in der Region La Libertad, um gegen die einseitige Förderung von Bergbau und gegen die konsequente Vernachlässigung der Landwirtschaft zu protestieren. Auch forderten sie eine dezentralisierte Vermarktung von Lebensmitteln durch die Kommunalbehörden. Und stärkere Kontrollen bei aktiven Bergbauunternehmen, um eine weitere Ausbreitung von Covid-19 in den an die Minen angrenzenden Gemeinden zu vermeiden.

Immerhin: Unter dem Druck von Agrargewerkschaften, bäuerlichen Gemeinden und zivilgesellschaftlichen Organisationen ist der Kongress der Nationalregierung doch auf einige Forderungen eingegangen. So darf die wirtschaftliche Reaktivierung nicht nur über mineralgewinnende Aktivitäten wie den Bergbau erfolgen, sondern muss auch die Landwirtschaft berücksichtigen. Red Muqui wird diese Entwicklungen im Auge behalten. ➔

Mehr erfahren und Mattes Tempelmanns Projekt unterstützen:
→ www.comundo.org/tempelmann

Vielen Dank für Ihre Spende!

Die Einsätze unserer Fachleute werden von Spenden getragen. Wir danken Ihnen für Ihre Unterstützung:
Postkonto 60-394-4
IBAN CH53 0900 0000 6000 0394 4

Sie können auch schnell und einfach online spenden! Wählen Sie direkt das Land oder das Projekt, das Sie unterstützen möchten, auf unserer Website:
→ www.comundo.org/spenden



Gewaltakte der Polizei gegen indigene Gemeinden, die gegen Bergwerke protestieren: Im April 2018 in Alto Huarca (Bild rechts) und beim Bergwerk Antapaccay im Mai 2012 (Bild links). Der indigene Leader Felix Yauri Usca der indigenen Gemeinde Tintaya Maquiri, der an den Protesten immer mit einer weissen Flagge teilnahm, kam 2012 durch Polizeigewalt ums Leben.



17 Schwermetalle im Blut

Bergbaukonzerne wie das Schweizer Unternehmen Glencore richten in Peru gravierende Schäden an. Jaime Borda, Generalsekretär der NGO Red Muqui, einer Partnerorganisation von Comundo, spricht im Interview über die Proteste in Espinar und die Macht der Konzerne.

Interview: Nicole Maron

Peru ist einer der weltweit grössten Exporteure von Metallen wie Kupfer, Gold, Silber und Zink, und der Bergbau ist einer der wichtigsten Wirtschaftssektoren des Landes: Er stellt 60 Prozent der Gesamtexportsumme und 20 Prozent der Einkommenssteuer. Doch so lukrativ der Bergbau für den Staat auch sein mag – er hat einen sehr hohen Preis: Die Auswirkungen auf die Umwelt und die Bevölkerung vor Ort sind immens. Als eine der wichtigsten Abnehmerinnen von Metallen aus Peru trägt die Schweiz nebst China, Japan und den USA eine Mitverantwortung an den gravierenden Umweltschäden und Menschenrechtsverletzungen.

Einer der weltweit grössten Metallproduzenten ist Glencore, mit über 150 Standorten in mehr als 50 Ländern und Hauptsitz in Baar (Kanton Zug). Das Unternehmen kontrolliert die Hälfte des globalen Kupfermarkts. Drei seiner Bergwerke befinden sich in der Provinz Espinar im südperuanischen Departement Cusco, in nächster Nähe zu 13 indigenen Gemeinden, die bereits seit 35 Jahren unter den Folgen des Bergbaus leiden – inzwischen sind über 40 Prozent des Territoriums von Espinar konzessioniert.

Comundo macht Polizeigewalt öffentlich

2018 berichtete Comundo darüber, wie in der Gemeinde Alto Huarca Mitarbeiter von Glencore zusammen mit

der Polizei indigene Familien von ihrem Land vertrieben hatten, um das Abbaugelände zu vergrössern. Der Konflikt schwelt bis heute weiter: Mitte Juli dieses Jahres rief die Bevölkerung von Espinar einen unbefristeten Streik aus, weil Glencore das Rahmenabkommen für das Bergwerk Antapaccay nicht eingehalten und den betroffenen Gemeinden die vertraglich vereinbarten Entschädigungszahlungen verweigert hat. Die Polizei kündigte an, bei Protestaktionen (wie z.B. Strassenblockaden) mit voller Härte durchzugreifen.

HORIZONTE: Jaime Borda, Sie waren 2018 in Alto Huarca wie auch bei anderen Ereignissen in Espinar vor Ort. 2012 wurden Sie zusammen mit mehreren indigenen Leadern festgenommen. Wie kam es dazu?

Jaime Borda: Das war im Mai 2012, bei einem grossen Protest in Espinar. Die Minengesellschaft – damals der Schweizer Konzern Xstrata, der 2013 mit Glencore fusionierte –, hatte die Abkommen mit den indigenen Gemeinden nicht eingehalten und es lagen diverse Anzeigen wegen Umweltschäden vor. Es kam zu tätlichen Auseinandersetzungen, und viele wurden festgenommen, so auch ich. Auf dem Gelände hatten sich mindestens 2'000 Polizisten eingerichtet, mit einer kompletten Infrastruktur, die von der Bergbaugesellschaft finanziert wurde. Dies ist in Peru illegal. In diesem Konflikt starben



Vidal Merma

zwei Menschen durch Schüsse eben dieser Polizisten. Wenige Tage später wurde in der ganzen Region der Ausnahmezustand ausgerufen, so dass die Polizei die Kontrolle komplett übernehmen konnte. Ich war in meiner damaligen Funktion als Mitarbeiter der NGO «Menschenrechte ohne Grenzen» vor Ort, um die indigenen Gemeinden zu begleiten und wurde anschliessend wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit, Einschränkung von Verkehrswegen, öffentlicher Aufruhr und Terrorismus angeklagt.

Abgesehen von den Konflikten um ihr Land leiden die Menschen vor allem gesundheitlich.

Hatte der Protest etwas bewirkt?

In der Folge wurden in Verhandlungsrunden zur Konfliktlösung Abkommen mit dem Staat und der Bergwerkbetreiberin getroffen, die aber teilweise jahrelang nicht umgesetzt wurden. Deshalb haben die Gemeinden bis heute immer wieder protestiert – besonders seit bekannt wurde, dass neben den zwei bestehenden Minen noch eine dritte entstehen soll. Für die Bevölkerung von Espinar bedeutet dies, noch mindestens 50 weitere Jahre mit den Konsequenzen des Bergbaus zu leben.

Welche Konsequenzen sind das konkret?

Abgesehen von den Konflikten um ihr Land leiden die Menschen vor allem gesundheitlich. Zwei Studien einer staatlichen Stelle von 2011 und 2013 haben gezeigt,

dass mehr als 850 Personen teilweise 17 verschiedene Schwermetalle im Blut aufweisen. Es liegen auch Studien zur hohen Belastung der zwei Flüsse vor, aus denen die indigenen Gemeinden ihr Trinkwasser beziehen und ihre Tiere tränken. Doch der Staat sagt, die Kontamination sei keine Auswirkung des Bergbaus, sondern auf die natürlichen Mineralvorkommen in der Gegend zurückzuführen. Dies ist eine bequeme Position, mit der die Minengesellschaft geschützt wird.

Inwiefern kann Red Muqui die Situation der indigenen Gemeinden in diesem Kontext verbessern?

Red Muqui setzt sich aus 29 Organisationen in 11 Regionen des Landes zusammen, von denen die meisten indigene Gemeinden unterstützen. In Dialog mit dem Staat oder den Konzernen zu treten, um die Mechanismen von Grund auf zu verändern, ist sehr schwierig. Deshalb fokussieren wir darauf, die Zivilgesellschaft zu stärken, damit die Betroffenen ihre Rechte einfordern können. Ein zweiter Hauptpfeiler ist die Medienarbeit, um die Menschen zu sensibilisieren, und zwar auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene.

2017 sind Sie nach Europa gereist, um Glencore offiziell anzuprangern. Wie kam das an?

Wir haben vor der Aktionärsversammlung der Deutschen Bank, die Glencore finanziert, sowie auch in der Generalversammlung von Glencore in der Schweiz unseren Schattenbericht präsentiert, welcher die Schäden aufzeigt, die der Konzern anrichtet. Sie haben uns fünf Minuten Zeit gegeben und danach alle Vorwürfe abgestritten. Wir haben aber auch Medienkonferenzen veranstaltet und einige Parlamentarier/-innen für unser Anliegen gewinnen können.

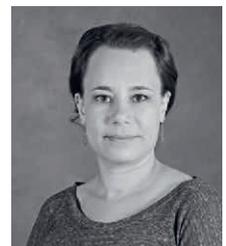
Könnte eine Gesetzgebung in der Schweiz, wie sie die Konzernverantwortungsinitiative (KOVI) fordert, die Situation vor Ort verbessern?

Die Kontroll- und Sanktionsmechanismen durch die peruanischen Behörden funktionieren nicht immer, und Fälle werden verschleppt. Deshalb halte ich die KOVI für sehr wichtig und wertvoll. Insbesondere deshalb, weil sie es den betroffenen Bevölkerungen ermöglichen wird, Mindeststandards im Bereich der Menschenrechte und der Umwelt durchzusetzen. ✚

Mehr erfahren und Nicole Marons Projekt unterstützen:
→ www.comundo.org/maron



Jaime Borda,
Generalsekretär
der NGO Red Muqui.
Nicole Maron,
Journalistin und
Comundo-Fachperson
beim Instituto de Estudios de las Culturas Andinas (IDECA) in
Puno, Peru.



Die Minen von El Hatillo: Schicksal eines Dorfes

Die kolumbianische Regierung sieht den Abbau und Export von Steinkohle als Motor für die Wirtschaft. Und opfert dafür die Lebensgrundlage im Umkreis der Minen. Comundo-Fachperson und Journalistin Julia Schmidt über die geplante Umsiedlung von El Hatillo.

Text: Julia Schmidt, Fotos: Juan Manuel Peña



«Meine Familie, meine Nachbarn, wir alle hier haben ein Recht darauf, friedlich zu leben und ein gesundes Leben zu führen», sagt die Bewohnerin aus El Hatillo, Yolima Parra, in diesen Tagen. – Seit ich meinen Einsatz mit Comundo Anfang 2018 begonnen habe und einige Monate später das erste Mal in El Hatillo war, habe ich das so oder so ähnlich oft gehört. «Jeden Abend bete ich zu Gott, dass dieser Albtraum aufhören mag.» Damit meint sie den Umsiedlungsprozess der Gemeinde, der sich seit zehn Jahren hinzieht. Die Kohleminen rundherum breiten sich derweil immer weiter aus.

Fortschritt und Wohlstand – für wen?

El Hatillo liegt im Department Cesar im Norden Kolumbiens, die Region ist reich an Steinkohle. In den 1990er-Jahren begann der Abbau im grossen Stil, zwischen 1992 und 2014 steigerte er sich um 500 Prozent. 2019 stammten 62 Prozent der insgesamt in Kolumbien abgebauten Steinkohle aus dem Cesar, also auch aus den Minen rund um El Hatillo. Kolumbien gehört zu den zehn wichtigsten Steinkohle exportierenden Ländern weltweit. Seit vielen Jahren sieht die kolumbianische Regierung im Abbau und Export der Steinkohle den Motor für Fortschritt und Wohlstand.

Bei jeder Anreise nach El Hatillo komme ich an verschiedenen Steinkohleminen und kilometerlangen Abrauhalden vorbei. Die letzten Kilometer auf dem Weg nach El Hatillo führen über eine ungeteerte Schotterstrasse. Ich werde durchgeschüttelt, sehe einfachste Lehm- und Holzhütten vorbeiziehen und frage mich: Fortschritt und Wohlstand – für wen? Die meisten Menschen in El Hatillo sind Fischer und Kleinbauern und das war jahrzehntelang ihre Lebensgrundlage. Seit die Minen kamen, hat sich viel verändert. «Früher gingen wir in Gruppen zusammen zum Fluss, um zu fischen. Wir fingen so viel, wie wir für die Woche brauchten. Auch Kochbananen und Maniok und all das haben wir zusammen angepflanzt und unter uns aufgeteilt», erinnert sich Almeys Mejía. Mit der Ausbreitung der Minen gingen landwirtschaftliche Flächen verloren, das Grundwasser ist belastet, auch der Fluss wurde umgeleitet, führte immer weniger Wasser und ist inzwischen komplett ausgetrocknet.

Umsiedlung wegen Umweltschäden

Die Umsiedlung von El Hatillo wurde im Jahr 2010 vom kolumbianischen Umweltministerium aufgrund der starken Luftverschmutzung und daraus resultierender schwerer gesundheitlicher Gefahren angeordnet. Im



Die Journalistin Julia Schmidt entwickelt gemeinsam mit der Comundo-Partnerorganisation das Multimediaprojekt, um eine Erinnerung an El Hatillo zu erhalten.

Noch leben rund 200 Familien in El Hatillo. Wegen des massiven Steinkohleabbaus rund um das Dorf sollen sie seit zehn Jahren umgesiedelt werden.



November 2018 haben Vertreterinnen und Vertreter der Gemeinde sowie der beteiligten Steinkohlefirmen einen endgültigen Plan zur Umsiedlung (PAR – Plan de Acción para el Reasentamiento) unterzeichnet, der vorsieht, dass die Gemeinde in einem Zeitraum von drei bis maximal fünf Jahren umgesiedelt sein soll. (Zwischen 2015 und 2018 unterstützten zwei weitere Mitarbeitende von Comundo, Tatiana Rojas und Francesco Gerber, die lokalen Gemeinschaften in den Verhandlungsphasen des PAR; Anm. der Red.)

Doch einige Monate später geriet alles erneut ins Stocken. «Wir haben gemerkt, dass es nicht voranging, forderten Erklärungen, doch bekamen keine», berichtet Almeys Mejía. Um die Gründe zu erfahren, blockierten einige Hatillanos Mitte November 2019 die Zugstrecke, auf der ein Grossteil der Steinkohle zum Hafen nach Santa Marta an der Karibikküste transportiert wird. Nach vagen Erklärungen, dass es mit finanziellen Problemen einer der beteiligten Firmen zusammenhing, wurde der Prozess einige Wochen später schleppend wieder aufgenommen. Das Hin und Her um El Hatillo ist bedrückend, selbst für mich, die ich den Prozess ja nur begleite, aber selbst nicht betroffen bin. Oft schon dachte ich mir, wenn diese Gemeinde schon umgesiedelt werden muss, aufgrund der Profitgier einiger multinationaler Unternehmen, dann soll es doch zumindest würdevoll ablaufen.

Schweizer Firma Prodeco-Glencore vor Ort

Meine Partnerorganisation Fundación Chasquis arbeitet schon seit einigen Jahren in El Hatillo. Sie hat verschiedene Krisensituationen dokumentarisch begleitet und die Gemeinde auch im Umsiedlungsprozess unterstützt. Dabei ist die Idee für das Projekt «Memorias de Tierra – Das Schicksal von El Hatillo» entstanden, wobei ich meine Erfahrung als Multimedia-Journalistin einbringen kann. In einer 360-Grad-Multimedia-Plattform ermöglichen wir einen Rundgang durch das Dorf und

bieten der Gemeinde eine Erinnerung an ihre Heimat – wobei wir die Inhalte regelmässig ergänzen. Für Interessierte in Kolumbien wie in Europa soll die Geschichte der Gemeinde sowie die gravierenden Folgen des Kohleabbaus gezeigt werden. Vielen in Europa ist nicht klar, dass Steinkohle aus Kolumbien in deutschen Kraftwerken verfeuert wird, um Strom zu gewinnen. Oder dass mit Prodeco-Glencore eine Schweizer Firma Kohleminen im Cesar, auch in El Hatillo, betreibt.

Mit der Ausbreitung der Minen gingen landwirtschaftliche Flächen verloren, das Grundwasser ist belastet, der Fluss führt immer weniger Wasser und ist inzwischen komplett ausgetrocknet.

Weder Almeys Mejía noch Yolima Parra haben Hoffnung, dass der Zeitplan für die Umsiedlung eingehalten werden wird. Die Coronakrise trägt dazu bei, dass alles ins Stocken gerät und sich der Prozess in die Länge zieht. Auch wenn sie eigentlich nicht weg wollen, wünschen sie sich mehr Gewissheit über ihre Zukunft. «Wir möchten nicht mehr jeden Tag mit dem Gedanken aufwachen, wann wir wohl gehen werden», sagt Yolima Parra. «Hier gibt es ältere Personen, Kinder, schwangere Frauen, alleinerziehende Mütter. Es geht um Menschen, das sollte man nicht vergessen.» ➔

Mehr erfahren und Julia Schmidts Projekt unterstützen:
→ www.comundo.org/schmidt

Link zur Multimedia-Plattform:
→ www.memoriasdetierra.com/api

Konzerne zur Eigenverantwortung verpflichtet

Wer Menschenrechte verletzt und die Umwelt verschmutzt, wird dafür bestraft. So will es die Konzernverantwortungsinitiative. Andere Länder haben bereits solche Gesetzesgrundlagen geschaffen. Ein Interview mit dem Co-Präsidenten des Initiativkomitees Dick Marty.

Interview: Priscilla De Lima

Globale Geschäfte,
globale Verantwortung.



HORIZONTE: Dick Marty, am 29. November stimmen wir über die Frage der Verantwortung der multinationalen Unternehmen ab. Weshalb ist es wichtig, die Initiative und nicht den Gegenvorschlag zu unterstützen?

Dick Marty: Der Gegenvorschlag, über den wir abstimmen werden, ist eine Alibi-Übung: Die internationalen Konzerne sollen in ihren Jahresberichten eine Eigenzertifizierung hinzufügen, um auf den Umgang mit den Menschenrechten zu verweisen – zu deren Verletzung zählen aber nur die Kinderarbeit und der Bergbau in Konfliktgebieten. Eine solche Selbstkontrolle ist völlig sinnlos, sowohl für die Unternehmen, welche sich ethisch korrekt verhalten als auch für die, welche seit Jahren ohne jeden Skrupel vorgehen. In der aktuellen Corona-Krise beispielsweise haben wir gesehen, wie der Bergbau in fragilen Staaten trotz des totalen Lockdowns nicht eingestellt wurde.

In der Schweiz haben mehr internationale Konzerne ihren Hauptsitz wie nirgendwo sonst: dieser Umstand ist mit Verantwortung verbunden.

Weshalb sollte das Schweizer Stimmvolk eine Initiative annehmen, die sich um Fragen im Ausland dreht?

In der Schweiz ist die Anzahl internationaler Konzernhauptsitze im Vergleich zur Einwohnerdichte mit Abstand am grössten. Somit haben wir auch eine grössere internationale Verantwortung. Darüber hinaus ist es auch einfach eine ethische Frage: Ungerechtigkeiten, egal auf welchem Erdteil sie stattfinden, stellen für uns alle eine Bedrohung dar und müssen deshalb bekämpft werden. Besonders dann, wenn sie von einem Konzern ausgehen, der strategisch in der Schweiz angesiedelt ist. Wenn wir Frieden wollen auf dieser Welt, dann müssen wir überall für Gerechtigkeit eintreten,



ganz besonders in den Ländern, in denen die Institutionen schwach und die Justizsysteme weniger gut aufgestellt oder gar korrupt sind. Oder können wir etwa dahinterstehen, wenn Schweizer Unternehmen Menschenrechte missachten und die Umwelt zerstören, ohne dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden?

Was sind Ihre nächsten Schritte, um die Bevölkerung von der Initiative zu überzeugen?

Eigentlich wollten wir den Dokumentarfilm «Der Konzern-Report» an über 300 Spielorten in der ganzen Schweiz zeigen. Doch dann kam die Corona-Krise dazwischen. Ich glaube jedoch, dass die Lokalkomitees in den Regionen unser wirkungsvollstes Instrument sind, um die Bevölkerung aufzuklären und diejenigen zu überzeugen, die normalerweise nicht abstimmen gehen. Wir müssen der Stimmbevölkerung erklären, dass die Initiative lediglich das verlangt, was in jeder Zivilgesellschaft gilt: Wer das Recht bricht, wird dafür zur Rechenschaft gezogen. Dabei geht es um die Eigenverantwortung, in der jeder und jede die Verantwortung für das eigene Handeln trägt und dafür bestraft wird, wenn er jemand anderem Leid zufügt. Dieser Grundsatz wird ganz klar auch von der UNO und dem Europarat vertreten. Andere Länder wie beispielsweise Frankreich haben schon derartige Gesetzesgrundlagen geschaffen.

Dank der Präsenz von Fachleuten vor Ort konnte Comundo vor zwei Jahren einen Fall publik machen, in dem Glencore mit Gewalt gegen die lokale Bevölkerung in Peru vorgegangen ist (s. Seiten 8-9, Red.). Mit welchen Mitteln könnten sie sich künftig zur Wehr setzen, würde die Initiative angenommen?

In Zivilprozessen liegt die Beweislast für den erlittenen Schaden beim Opfer. Nicht nur das, die Opfer müssen auch die Fahrlässigkeit des Regelverstosses sowie den kausalen Zusammenhang zum daraus entstandenen Schaden beweisen können. Die internationalen Konzerne werden also kaum massenweise vor Gericht gezogen werden. Die Anwesenheit der NGOs, welche für die Menschenrechte einstehen und die Menschen bei der Deckung der entstandenen Gerichtskosten oder der einwandfreien Beweisführung unterstützen, wird weiterhin unerlässlich sein. Mit der Initiative hoffen wir, die Kräfteverhältnisse zwischen Opfern und Angeklagten wieder ins Lot zu bringen. ➔

Weitere Infos zur Konzernverantwortungsinitiative (KOVI):
→ www.comundo.org/kovi



Dick Marty,
Co-Präsident des
Initiativkomitees
und ehemaliger
FDP-Ständerat

**VERANSTALTUNG ZUR KONZERN-
VERANTWORTUNGSINITIATIVE**

Filmvorführung «Der Konzern Report» – Ein Dokfilm mit Menschen auf zwei Kontinenten, die durch Schweizer Konzerne geschädigt werden. Im Film erklären Dick Marty und weitere Stimmen, warum es klare Regeln zur Konzernverantwortung braucht. Im Anschluss gibt es ein Gespräch.
Mo 26. Oktober, 19.00 Uhr, RomeroHaus, Kreuzbuchstrasse 44, Luzern

**INFO-VERANSTALTUNG ÜBER
ENTWICKLUNGSEINSÄTZE**

Wir suchen laufend erfahrene Berufsleute aus verschiedenen Berufsfeldern, die mit Comundo einen ein- bis dreijährigen Entwicklungseinsatz in Lateinamerika oder Afrika leisten möchten.
Di 27. Oktober, 18.30 Uhr, RomeroHaus, Kreuzbuchstrasse 44, Luzern.
Weitere Infos und Anmeldung:
→ www.comundo.org/de/fachperson-werden

«FAIR»FÜHRUNGEN IN LUZERN

Der etwas andere Stadtrundgang «fair»führt zu nachhaltigem Shoppen – etwa für existenzsichernde Löhne beim Handykauf oder nachhaltig produzierte Kleider.
Di 15. Sept., Do 22. Oktober und Mi 25. November, je 18.30 Uhr. Treffpunkt: Kapellplatz beim Fritschibrunnen, Luzern

**11. COMUNDO FILMTAGE MENSCHEN-
RECHTE UND SCHULFILMTAGE LUZERN**

Ausgewählte Filme und moderierte Gespräche zu Themen, wie Menschen weltweit für ihre Rechte und Lebensgrundlagen kämpfen und sich für Gerechtigkeit und Solidarität engagieren:
Di-Sa 8. bis 12. Dezember 2020 im stattkino Luzern

**Abonnieren Sie
unseren Newsletter!**

Informieren Sie sich topaktuell über die Aktivitäten und die neuesten Projekte in der Personellen Entwicklungszusammenarbeit von Comundo. Das Anmeldeformular finden Sie auf unserer Website unter:
→ www.comundo.org/newsletter

Unsere Aktualitäten finden Sie zudem auf unseren Social Media Kanälen:



«Wir sitzen nicht alle im gleichen Boot»

Die Geografin Nuria Frey engagierte sich im Entwicklungseinsatz mit Comundo in den peruanischen Anden für eine gerechte Wasserverteilung und die Rechte der indigenen Bevölkerung. Nach drei Jahren ist sie wieder in die Schweiz zurückgekehrt.

Text: Simone Bischof Lusti, Fotos: Marcel Kaufmann

Als Geografin mit einem breiten Wissen über andere Länder und viel methodischem Know-how fühlte sich Nuria bei ihrer Ausreise gut gewappnet für einen Comundo-Einsatz. Zudem hat sie der Ansatz, in einem Entwicklungsprojekt Seite an Seite mit der lokalen Bevölkerung mitzuarbeiten, immer schon gereizt. «In der Praxis war es dann anfangs eine Herausforderung, mich in der Rolle als Fachperson zurechtzufinden», erzählt sie, «ich wollte und sollte nicht die externe Beraterin sein, aber auch nicht als Hilfskraft eingesetzt werden.» Mit der Zeit habe sich das dann gut eingespielt, auch dank ihres immer besser werdenden Verständnisses der lokalen Kultur.

Vor Ort unterstützte Nuria die Comundo-Partnerorganisation «Centro Bartolomé de las Casas» (CBC) in Cusco, die sich mit Forschungs- und Bildungsarbeit für eine demokratische Gesellschaft und eine nachhaltige Entwicklung einsetzt. Ihre Aufgabe war es, Projekte im Bereich des Wassermanagements zu begleiten: «Der Zugang zu Wasser ist sehr wichtig. Wenn natürliche Wasservorräte wegen des Bergbaus oder Massentourismus verschmutzen oder versiegen, verlieren indigene Gemeinschaften ihre Lebensgrundlagen. Damit sind auch ihre Kultur und Identität als Kleinbauern gefährdet, die eng mit dem ihnen gehörenden Land verbunden sind.»

Gemeinsam für mehr Wasserschutz

Ein wichtiges Instrument für den Wasserschutz in der Region Cusco ist ein departementsübergreifendes Observatorium, welches CBC und andere Organisationen gemeinsam aufbauten. Als Geografin vermittelte Nuria ihren Kolleginnen und Kollegen die nötigen Grundlagen, um Geodaten zu erfassen, bearbeiten, analysieren und präsentieren und so ein umfassendes Bild über den Zustand und die Verfügbarkeit von Wasserquellen schaffen zu können. «Dies wiederum hilft den Kleinbauern, Fälle von Wasserverschmutzung zu dokumentieren, bekannt zu machen und sich längerfristig besser gegen

«Wenn natürliche Wasservorräte wegen des Bergbaus oder Massentourismus verschmutzen oder versiegen, verlieren indigene Gemeinschaften ihre Lebensgrundlagen.»



Nuria Frey und ihr Team bei einer Besprechung im Feld, beim Piuray-See, um eine vom Arbeitsgebiet erstellte Landkarte abzugleichen.



Die Wasserknappheit in der Region Cusco verschärft sich u.a. wegen der Verschlechterung der Boden- und Ökosysteme. Nuria Frey setzte sich im Entwicklungseinsatz mit Comundo für die gerechte Wasserverteilung zwischen den grossen Unternehmen und der lokalen indigenen Bevölkerung ein.

die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen zu wehren», erklärt sie. Angesichts der oft rücksichtslosen Tätigkeiten von Konzernen und anderen Akteuren sei es wichtig, seine Rechte zu kennen.

Bewusstsein für globale Zusammenhänge

Als Comundo-Fachperson gehörte es auch zu Nurias Aufgaben, ihr Umfeld in der Schweiz für die Situation in Peru zu sensibilisieren. «Schlussendlich sind wir weltweit alle miteinander verbunden. Wenn wir konsumieren oder reisen, nehmen wir Einfluss auf die Lebensbedingungen in ärmeren Ländern. Wir sollten uns deshalb immer fragen, welche Auswirkungen unser Konsum haben kann,» sagt sie. Während der Corona-Krise habe sie oft sagen hören, wir sässen alle im gleichen Boot. Doch angesichts des hohen Anteils an informellen Arbeiterinnen und Arbeitern sowie fehlenden Sozialversicherungen seien in Peru viele Leute in eine schwierige finanzielle Lage geraten. «Darum ist es wichtig, sich dieser globalen Ungleichheiten bewusst zu sein und im Rahmen seiner Möglichkeiten aktiv zu werden.»

So können auch wir in der Schweiz einen Beitrag zu mehr Gerechtigkeit leisten, indem wir Schweizer Konzerne mit Hilfe der Konzernverantwortungsinitiative dazu verpflichten, die Menschenrechte weltweit zu respektieren. Die Initiative wird von Comundo mitgetragen und kommt am 29. November zur Abstimmung. ➔

IMPRESSUM: HORIZONTE / COMUNDO NEWS / CARTABIANCA, 4 Ausgaben 2020, Abo-Preis CHF 20.–, ist in Ihrer Spende inbegriffen; Druckauflage: 42'500 Exemplare

Herausgeber:

Comundo, Kreuzbuchstr. 44, CH-6006 Luzern, www.comundo.org, Tel. 058 854 11 44, kommunikation@comundo.org, Postkonto Comundo: 60-394-4, IBAN: CH53 0900 0000 6000 0394 4

Redaktion: Christa Arnet-Engetschwiler, Leitung; Simone Bischof Lusti, Dani Scherrer, Lina Aerni, Nicolas Bugnon, Priscilla De Lima

Bild: Marcel Kaufmann;

Gestaltung/Produktion: Medianovis AG

Druck: MulticolorPrint AG, Baar



Interessiert an einem Einsatz mit Comundo?

Wir suchen laufend Fachleute für ein ein- oder mehrjähriges Engagement in Afrika oder Lateinamerika. Unsere Stelleninserate finden Sie unter:

➔ www.comundo.org/weg-zum-einsatz

Weitere Informationen erhalten Sie unter 058 854 11 86, theres.hoehchli@comundo.org oder unter 058 854 11 87, andreas.furrer@comundo.org.



« Seit ich klein bin, lese ich die Einsatzgeschichten, denn meine Mutter hatte das damalige Magazin «Betlemme» abonniert. Sobald ich als Assistenzarzt zu arbeiten begann, habe ich entschieden, dem Vorschlag zur «Selbstbesteuerung» nachzukommen. Seither unterstütze ich mit einem Teil meines Lohns Fachleute in ihrem Einsatz für Menschen in weniger privilegierten Situationen. »

Stefano Montaldi, Arzt und Psychiater
Spender seit 1982

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Spenden aus der Schweiz
PostFinance, PC 60-394-4
IBAN CH53 0900 0000 6000 0394 4

Spenden aus Deutschland
IBAN DE14 6001 0070 0011 5877 00

Comundo
im RomeroHaus, Kreuzbuchstrasse 44
CH-6006 Luzern | Tel. +41 58 854 12 13
spenden@comundo.org

